

Das 5. Internationale Uranium Film Festival 2016 in Berlin

Seit dem das Internationale Uranium Film Festival 2011, kurz vor dem Atomunfall in Fukushima, in Rio de Janeiro gegründet wurde, ist weltweit ein Filmfestival nach dem anderen unter dem Motto „Ein Projekt gegen das Vergessen“ entstanden. Mittlerweile gibt es das alljährlich stattfindende Festival nicht nur in Rio de Janeiro, sondern es war auch schon in Washington, Neu Delhi, New York, Mumbai, Lissabon, Muenchen, Berlin und anderen ausgesuchten Standorten präsent. Vom 28. September bis 2. Oktober ist das Uranium Film Festival wieder bei uns in Berlin zu Gast. Eröffnet wird das Festival um 18 Uhr mit der Präsentation der Fotoausstellung „Tschernobyl 30 Jahre danach“ mit dem Photographen Pierpaolo Mittica. Im Anschluss daran richtet um 19 Uhr unter anderem Klaus Mindrup (MdB) seine Grußworte an die Veranstalter, Organisatoren und anwesenden Gäste bevor der Eröffnungsfilm THE IDEALIST – Geheimakte Grönland den Auftakt bildet. Der Film dokumentiert den Absturz eines mit Atombomben beladenen US-B52-Bomber im Januar 1968 über dem dänischem Hoheitsgebiet in Grönland. Nach den Monate dauernden Aufräumarbeiten sind das Flugzeugwrack sowie das mit Plutonium kontaminierte Gletschereis beseitigt und der Fall wird zu den Akten gelegt. 18 Jahre später entdeckt der Radioreporter Poul Brink, dass viele der an den Aufräumarbeiten beteiligten Männer schwer erkrankten. Brink beginnt zu recherchieren und stößt auf noch viel größere Ungereimtheiten. Obwohl mit Drohungen konfrontiert, lässt er sich nicht von seiner Arbeit abbringen...

Das Festival Kino in der Kultur Brauerei in Prenzlauer Berg zeigt Filme aus aller Welt zu Atomkraft und radioaktiven Gefahren. Themen sind in diesem Jahr: 5 Jahre Fukushima, 30 Jahre Tschernobyl, 50 Jahre Atombomben-Unfall Palomares. Insbesondere der Fall über die atomare Verseuchung der

südspanischen Gemeinde Palomares dürfte den Leserinnen und Lesern vom Kreuzberger bekannt vorkommen. Wir berichteten in der Ausgabe 30 (Mai/Juni 2014) unter dem Titel „Broken Arrows – die Geschichte der verlorenen Atombomben“ über den sorglosen Umgang mit Atomwaffen und deren Folgen – unter anderem sind bis heute noch immer vier Atombomben verschollen und liegen auf dem Grund der Meere bzw. Ozeane. Der Film über das Palomares Unglück läuft am 29. September um 20 Uhr unter dem Titel „Operation Gebrochener Pfeil. Atomunfall in Palomares“ (Originaltitel: „Operación Flecha Rota. El Accidente Nuclear de Palomares“).

Darüber hinaus präsentiert das „Globale Filmfestival des atomaren Zeitalters“ bis zum 2. Oktober weitere interessante und spannende Filme, die es in diesem Umfang nirgendwo sonst zu sehen gibt.

www.uraniumfilmfestival.org/

Haftpflichtversicherung für Politiker... denn auch der Hund hat eine!

Fast jeder hat eine und auch, wenn man sie nur selten in Anspruch nimmt, schreitet man beruhigter durch das Leben mit der Gewissheit, eine zu haben – die Haftpflichtversicherung. Auch jeder Handwerker, Arzt, Architekt oder Immobilienmakler sowie jede Hebamme muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen können, um beim Kunden tätig werden zu dürfen. Sogar jeder Hund benötigt eine Haftpflichtversicherung, um sich frei in der Gesellschaft bewegen zu dürfen. Mittlerweile ist auch jeder Manager gut beraten, für seine berufliche

Tätigkeit eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, in Fachkreisen besser bekannt unter der Bezeichnung D&O-Versicherung (Directors-and-Officers-Versicherung, auch Organ- oder Manager-Haftpflichtversicherung), um sich gegen sogenanntes Organisationsverschulden abzusichern. Vor diesem Hintergrund stellt sich die einfache, jedoch berechtigte Frage: Warum darf jeder noch so degenerierte und geistig minderbemittelte Volksvertreter sein Amt zum Schaden des Volkes ohne Folgen für sein eigenes Dasein und ohne, dass er eine Wiedergutmachung für den durch ihn entstandenen Schaden zu leisten hat, ausüben und ohne gegen durch sein Treiben entstandene Schäden abgesichert zu sein? Denn für keine Entscheidung unserer Politiker gibt es eine Garantie, eine Absicherung oder gar eine Gewissheit der Recht- und Sinnhaftigkeit ihres Handelns (siehe auch: Der Kreuzberger Ausgabe 23, Seite 9, So war mir Gott helfe – Wenn der Amtseid straffrei bleibt).

Bestes Beispiel ist nach wie vor der Flughafen BER, bei dem Milliarden Euro an Steuergeldern im Namen des Volkes von dilettantischen Nichtskönnern durch Unvermögen zum Fenster hinausgeworfen werden. Und bis zum heutigen Tag kann niemand genau beziffern, wie viel Gelder bis zur endgültigen Fertigstellung des Flughafens (derzeit geplant März 2018) noch aufgebracht werden müssen. Dieses Projekt ist nur eines von vielen und bildet die Spitze eines Eisberges, der in seiner Gänze unzählige weitere steuer-verschwendende Projekte enthält, deren Auflistung an dieser Stelle den Rahmen des Möglichen sprengen würde. Der Gesetzestextteil »Zum Wohle des Volkes« wird beim Handeln unserer Volksvertreter stets außer Acht gelassen. Als Schutz vor Folgen für das eigene Handeln dient ihnen die politische Immunität. Die Gehälter und Pensionen werden trotz Versagens immer schön weiter von des Volkes Konto auf das der ehemaligen Flughafenverantwortlichen überwiesen. Im Fall des BER-Flughafen-Desasters wurden lediglich die verantwortlichen BER-Manager Rainer Schwarz und Manfred Körtgen regresspflichtig gemacht und deren Versicherungen zur Kasse gebeten. Für die im Juni 2012

stattgefundene Nichteröffnung des BER zahlte die von der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) eingesetzte Manager-Haftpflichtversicherung nach einem außergerichtlichen Vergleich 12 Millionen Euro an die Flughafengesellschaft. Schwarz erstritt sich trotz Fehlleistungen vor Gericht seine 1,4 Millionen Euro Gehalt.

Auf Grund der politischen Verantwortungslosigkeit gegenüber den Bürgern und des durch sie erwirtschafteten Volksvermögens und einem nicht strafbewehrten Amtseid müssen andere Mittel und Wege gefunden werden, um zum Wohle des Volkes den Ruin des Landes abzuwenden. Und warum sollte das, was für Berufsgruppen mit besonderer Verantwortung und erhöhtem Risiko – und sogar für den Redaktionshund – gilt nicht auch in der Politik zur Anwendung kommen? Die Wirtschaft macht es vor, um sich vor Schäden durch ihre Manager zu schützen. Manager-Haftpflichtversicherung heißt das bereits erwähnte Zauberwort. Sie schützt das Kapital von Unternehmen und Konzernen, warum nicht auch das Volkseigentum?

In die Berechnung der Beitragssumme für eine Versicherungspolice fließen die Bewertungen von Branchenrisiken und die Qualifikationen der Führungskräfte so wie weitere Risikofaktoren mit ein. So ist zum Beispiel für ein Unternehmen ohne eine erhöhte Risikobewertung mit einem Jahresnettoumsatz von bis zu 50 Millionen Euro und einem Versicherungsschutz von 5 Millionen Euro, ein Jahresbeitrag von 3.783 Euro für die Firmen-Manager-Haftpflichtversicherung zu entrichten. Bei einer persönlichen D&O-Versicherung mit einem einfachen Mandat und einer Versicherungssumme von 2,5 Millionen Euro sind 2.174 Euro Jahresbeitrag fällig. Politiker tragen eine weitaus größere Verantwortung. Um der Größenordnung politischer Verfehlungen näher zu kommen, zitiere ich einen Artikel aus der Zeitung DIE ZEIT vom 24. Januar 2006. Darin berichtet der Journalist David Selbach unter dem Titel „Wenn der Chef Fehler macht“, dass die Versicherungsprämie “Experten zufolge in einem Dax-30-

Unternehmen mit einer mittleren Deckungssumme von 150 Millionen Euro durchaus zwei Millionen Euro (Versicherungsprämie – Anm. d. Red.) pro Jahr kosten“. Ein Politiker auf kommunaler Ebene liegt in etwa in diesem Bereich. Großkonzerne wie Apple, Coca-Cola und VW liegen bei der Deckungssumme von 500 Millionen und mehr weitaus höher. Mit dieser Deckungssumme kommen wir dem Bereich der auf Bundesebene Regierenden und deren abzusichernden Finanzhaushalt, bei dem es um Ausgaben im zweistelligen Milliarden Euro Bereich geht, schon näher. Über die genaue Höhe der für diesen Versicherungsschutz zu leistenden Versicherungsprämie schweigen sich die Unternehmen und Konzerne aus – Betriebsgeheimnis.

Um die Möglichkeit der Umsetzung einer Politiker-Haftpflichtversicherung zu klären, habe ich Diplom-Kaufmann Manfred Vosseler, Geschäftsführer von der Firma KuV24 Manager (Konzept und Verantwortung Versicherungsmakler GmbH) kontaktiert, der der Idee einer Politiker-Haftpflichtversicherung durchaus positiv gegenübersteht, jedoch erklärt, dass Politiker keine Organfunktion ausüben sondern lediglich als Sprachrohr des Volkes dienen und somit die Möglichkeit einer versicherungsbasierten Risikoabdeckung nicht möglich ist. Zudem wird wohl keine Versicherung dazu bereit sein, das Risiko, das aus den Handlungen von Politikern hervorgeht, abzusichern, so Vosseler weiter. Ein Umstand, der einem zu denken geben sollte, wenn Versicherungen bereit sind, Öltanker und Atomkraftwerke zu versichern, Politiker und ihr Handeln jedoch nicht. Im weiteren Verlauf des Gesprächs erklärte Vosseler, dass selbst bei Konzernen wie Apple, Coca-Cola und VW Versicherungspolicen erst nach gründlicher Durchleuchtung der Personalstruktur und Risikoabwägung vergeben werden und dass sich darüber hinaus die Versicherungsunternehmen bei großen Konzernen wie den zuvor genannten das Risiko teilen, um im Schadensfall nicht ruiniert zu werden. Ein gutes Beispiel sind Schiffsversicherungen, bei denen sich ebenfalls mehrere Versicherer das Risiko teilen.

Auf Basis dieser Informationen gibt es für die Abwehr von Schäden am Volkseigentum nur eine Möglichkeit: Wir müssen uns der branchenfernen Volksvertreter entledigen, die nur aus dem einen Grund eine politische Karriere verfolgen, weil sie mit ihrer Arbeitsmoral und ihrer Inkompetenz in der freien Wirtschaft sang- und klanglos untergehen und die von ihnen angerichteten Schäden von keiner Versicherung getragen würden. Wie an einer Universität müsste es Zulassungsbestimmungen geben, um ein politisches Amt ausüben zu dürfen und sich politisches Engagement nur noch dann finanziell auszahlen und mit Pensionsleistung vergütet würde, wenn die persönlichen qualitativen Voraussetzungen vorhanden sind. Im Gegenzug dafür müssten politische Ämter in verantwortlichen und systemrelevanten Positionen finanziell der Vergütung in der freien Wirtschaft angepasst werden, um kompetente Volksvertreter gewinnen zu können. Ein politisches Amt würde nicht mehr für die Profilierung und Bereicherung der eigenen Person zur Verfügung stehen, sondern wäre mehr als zuvor mit Verantwortung gegenüber dem Volk und dessen Vermögen verbunden. Der vorherrschende Fachkräftemangel in der Politik würde der Vergangenheit angehören, wenn ein gerechter und gesetzestreuer Jurist Justizminister wäre, ein erfolgreicher Unternehmer Wirtschaftsminister, ein weltpolitisch gebildeter General der Bundeswehr Verteidigungsminister, ein, seinen ethischen Grundsätzen verpflichteter Arzt Gesundheitsminister, ein empathischer Sozialarbeiter Familienminister, ein bildungsorientierter Lehrer oder Wissenschaftler Bildungsminister etc. (... und auch ohne "in" dran sind durchaus die Frauen mit gemeint).

Für jeden Politiker würde beim Eintritt in sein Amt eine Berufshaftpflicht zur Pflicht, die alle Schäden abdeckt, die durch fälschliche, vorsatzfreie und nicht mutwillige Handlungen verursacht würden. Mit der Gewissheit, für jede Entscheidung Rechenschaft und Gewähr abgeben zu müssen, überdenken PolitikerInnen dann in Zukunft vielleicht ein Mal mehr ihre Entscheidungen im Amt. Die Versicherungsbeiträge

würden für jeden einzelnen Volksvertreter und nach einer Vertrauensskala, Referenzen und Relevanz der Position berechnet werden. Für Personen wie Ursula von der Leyen, Gerhard Schröder oder Silvana Koch-Mehrin – von einem Klaus Wowereit, die heilige Pensionskasse habe ihn selig – ganz zu schweigen, wäre mit Sicherheit höhere Versicherungsprämien zu entrichten, wenn sich die Versicherer überhaupt bereit erklären würden diesen personas non gratas Versicherungsschutz zu gewähren, als – ungern zugegeben – für Wolfgang Schäuble. Sollte ein Versicherungsunternehmen auf Grund der auftretenden Fehlleistungen /-entscheidungen und den damit verbundenen Regressansprüchen die Versicherung kündigen, wäre die politische Karriere automatisch beendet.

Zum einen würde diese Maßnahme einen unvorhersehbaren Aufschwung in der Versicherungsbranche mit sich bringen, wodurch die Aktionäre der Versicherungsgesellschaften gleich mit befriedigt wären. Zum anderen kämen die aus Steuergeldern bezahlten Versicherungsbeiträge die Steuerzahler immer noch weitaus günstiger, als die derzeitige Verschwendung durch die Regierenden. Im Neudeutschen Sprachgebrauch würde man das ganze als »Win-Win-Win-Situation« bezeichnen. Vielleicht lässt sich ja die ein oder andere Versicherung von diesem Gedanken inspirieren und eröffnet mit der Politiker-Haftpflichtversicherung ein neues Geschäftsfeld.

„Zur Hölle“ von Detlef Kowalewski – Buch Rezension

Unter dem Titel „Zur Hölle – Kohle, Knast und Rock´n´Roll“ schreibt Detlef Kowalewski eindrucksvoll über sein Leben als Musiker, Tätowierer, Geschäftsmann, Drogenschmuggler und die

Zeit, die er in brasilianischen Gefängnissen verbrachte.

Das Werk enthält den Teil seines Lebens, in dem Kowalewski am Beginn einer durchaus von Erfolg geprägten Karriere als Heavy-Metal Musiker stand. Er tourte quer durch Europa und spielte unter anderem als Vorband von Iron Maiden. Neben dem Leben im Rampenlicht gab es ein bürgerliches Leben, in dem er antike Möbel aus Malta importierte und mit der Vermietung von Proberäume und einem Fitnessstudio erfolgreich sein Geld verdiente. In dieser Zeit konsumierte Kowalewski nicht geringe Mengen Kokain. Und obwohl er den Handel mit dem weißen Gold verneint, lässt das Buch offen, ob er nicht doch das ein oder andere Gramm von England nach Deutschland schmuggelte.

Irgendwann kam dann der Zeitpunkt, an dem er für seinen nicht legalen Konsum von Drogen zur Verantwortung gezogen werden sollte und landete im Zuge dessen in der Kölner JVA „Klingelpütz“. Von diesem Zeitpunkt an nahm sein Leben und somit seine Geschichte Fahrt auf und man kann sagen, dass es mit ihm und seinem Leben rasant bergab ging. Im Knast lernte er unter anderem das RAF Mitglied Wisniewski kennen. Lange hielt es ihn aber nicht hinter Gittern und es kam zu seinem ersten spektakulären Gefängnisausbruch. In Deutschland von den Strafverfolgungsbehörden gejagt, setzte er sich nach Amsterdam ab, landete aber auch dort bald wieder im Gefängnis und floh kurze Zeit später erneut aus dem Knast, der damals als das sichersten Gefängnis Europas galt. Über Spanien setzte er sich dann mitsamt seiner Frau und seinen Kindern nach Südamerika ab und hoffte, dort unbehelligt leben zu können. Dass es für ihn dort jedoch schlimmer kommen sollte als er jemals zu denken gewagt hatte, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Und wer weiß, ob er trotz der Gefahr entdeckt zu werden, nicht lieber in Europa geblieben wäre, hätte er gewusst, was ihn durch die unfreiwillige Kooperation mit dem Kali Kartell erwartete. Denn schon bei seinem ersten Versuch, eine nicht geringe Menge Kokain von Brasilien aus nach Europa zu schmuggeln, wurde er erwischt und zu einer mehrjährigen

Haftstrafe verurteilt. Eindrucksvoll beschreibt er den Alltag in brasilianischen Gefängnissen, den er hautnah und an eigenem Leib miterlebt hat. Nur seiner Cleverness und viel Glück ist es zu verdanken, dass er diese Zeit überlebt hat und heute in seinem 191 Seiten starken Buch davon berichten kann. Er überlebte nicht nur die unmenschlichen Haftbedingungen sondern auch zahlreiche Mordversuche. Das Buch enthält neben einer eindrucksvollen Geschichte, die so unglaublich wie wahr ist, zahlreiche Fotos, Zeichnungen und Zeitungsausschnitte, die das Gesamtwerk abrunden.

Das Vorwort wurde von niemand geringerem geschrieben, als von Dieter Beutel, dem Polizeibeamten, der Kowalewski jahrelang auf den Fersen war, um ihn für seine Vergehen hinter Gittern zu bringen. Empfohlen sei das Buch all jenen, die schon einmal mit dem Gedanken gespielt haben, das eine oder andere Gramm Koks zu schmuggeln.

Mehr wird an dieser Stelle nicht verraten. Nur noch, dass das Buch, wie alle guten Bücher aus diesem Genre, im Edition Steffan Verlag erschienen ist und das Werk online, im Buchhandel oder direkt über den Verlag für 14,90 Euro zu beziehen ist.

www.edition-steffan.de

Verhältnismäßigkeit der Propaganda

Die Medien haben es schwer derzeit. Bezug nehmend auf die Thematik der Anwesenheit von Flüchtlinge und Ausländer werden sie von den einen als Lügenpresse bezeichnet, die anderen unterstellen den Medien und der Politik Panikmache und das

Schüren von Ängsten und wiederum andere, die breite Masse, schluckt jede noch so abwegige Meldung. In diesem Bericht geht es um die ersten beiden genannten Personenkreise. In erster Linie somit um politisch rechts und links motivierte Menschen. Insbesondere nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und dem Wahlergebnis der Partei AfD wurde gerätselt, warum die Partei ausgerechnet in dem Bundesland so erfolgreich ist, in dem mit 3,7 Prozent gemessen an der Gesamtbevölkerung die wenigsten Ausländer leben. Die Schuldigen waren schnell ausgemacht – die Medien und die AfD-Politiker. Die AfD hat in ihrem Wahlkampf die Islamisierung des Abendlandes prophezeit und die Medien haben mit ihrer Berichterstattung über kriminelle Asylanten Wasser auf die Mühlen der politisch Agitatoren gegossen, wodurch sich wiederum die AfD in ihrem Tun und Treiben bestätigt sah.

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern – und nicht nur dort – haben sich von dieser Stimmungsmache einnehmen und aufhetzen lassen und obwohl die meisten von ihnen keinen Kontakt zu einem der wenigen anwesenden Ausländer haben dürften, haben sie Angst vor dem, was da auf sie zukommen mag, würden sie nicht mit Lokalpatriotismus und dem damit einhergehenden Kreuz an der für sie alternativlosen Stelle auf dem Wahlzettel dagegenhalten. Die linken Geister in diesem Land hielten dagegen. Mal mit Protestaktionen, mal mit eigenem Wahlkampf. Stets jedoch immer von der Aussage begleitet, dass bei einem Ausländeranteil von 3,7 Prozent jede Gegenwehr unverhältnismäßig und die Angst vor Überfremdung und Islamisierung des Landes unbegründet sei.

So weit so gut. An dieser Stelle wage ich den Umkehrschluss um zwischen beiden Seiten vermittelnd Verständnis für die jeweilige andere Seite zu schaffen und gleichzeitig den Irrsinn der jeweiligen Propaganda aufzudecken und gegeneinander aufzurechnen. Denn bei den politisch links motivierten Menschen sieht die Strategie der Propaganda ganz

ähnlich aus, auch wenn sie andere Ziele verfolgt. Und sie funktioniert gleichermaßen gut. Betrachtet man die Zahlen, von denen sich die Linken im politischen Kampf durch Medien und Parteien motivieren lassen, sehen diese nicht wirklich anders aus und dennoch werden mit ihnen erfolgreich Angst und Schrecken verbreitet. Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz gibt es 22.600 Rechtsextremisten in Deutschland davon sind 11.800 gewaltbereit und 5.800 der Neonazi-Szene zuzurechnen. Gut und gerne und freundlich gerechnet sind das 0,03 Prozent von der Gesamtbevölkerung in Deutschland, die bei aktuell 80,62 Millionen Bürgern liegt. Dennoch und mit dem Wissen, und an anderer Stelle selbst Panikmache verachtend, dass ein niedriger Prozentsatz an unliebsamen Menschen keine Gefahr darstellt, wird heftigst gewettert: das Vierte Reich naht und das Land droht in einen neuen neonazistischen Sumpf zu versinken. Und so sehen Antifa und Co. den Führer auf seinem Panzerkampfwagen schon am Horizont heranknattern.

Während den einen bei 3,7 Prozent Ausländeranteil der Schweiß auf der Stirn steht, kommen die anderen schon bei 0,03 Prozent ins Schwitzen. Für den einen ist jeder Ausländer im eigenen Land einer zu viel für den anderen jeder Neonazi. Links hin rechts her, in diesem Bericht geht es nicht um das für und wider der ein oder anderen politischen Meinung, sondern um die Verhältnismäßigkeit der Propaganda. Und während die einen in Überzahl vor dem Asylheim stehen, um gegen die verschwindend geringe Zahl an Flüchtlinge zu demonstrieren, stehen die anderen gleichermaßen in Überzahl vor einem ebenfalls verschwindend geringen Anzahl von nationalsozialistischem Gedankengut geprägten Häufchen Ewiggestriger. Keiner versucht jedoch die Ängste und Sorgen des anderen anzunehmen und durch Wissensvermittlung aus der Welt zu schaffen. Das Wort als intelligente Waffe hat ausgedient, der Kampf Mann gegen Mann und ohne Hirn und Verstand ist wieder legitim. Die Verhältnismäßigkeit wird dabei außer Acht gelassen. Gleichermaßen könnte man auch für Vogelschutz zonen auf einem Flughafen demonstrieren, um die verschwindend geringe Zahl an

Vögeln in ihrem Dasein zu schützen, die Gefahr laufen beim Herumfliegen in den Triebwerken von startenden und landenden Flugzeugen ums Leben kommen.

Und wie die Rechten und Linken verrennt sich der Rest der Bevölkerung in Zahlen und Daten und lässt die Fakten dabei außen vor und ist nicht in der Lage den eigenen Geist zum Denken anzuregen – in allen Bereichen des Lebens. Die Verhältnismäßigkeit der Propaganda ist aus den Fugen geraten und anstatt dagegen zu halten geben sich die Bürger des Landes der Propaganda der Medien und Politiker hin. In diesem Sinne: Liebe, Peace und Rock´n´Roll.